

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
6 1/2 Schilling, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streichband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postsekretariat Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Zweite Spalte 20 Pf. Beilagen unter 24 Zeilen 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postsekretariat
Hannover 67 377.

Nr. 252.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonntag, den 26. Oktober 1930.

12. Jahrgang.

Eine Liebe kenn ich, die ist treu,
war getreu, solange ich sie gefunden,
hat mit tiefem Seuffzen immer neu,
stets verständig sich mit mir verbunden.
Welcher einst mit himmlischem Gedulden
bitter bittren Todestopfen trank,
hing am Kreuz und büßte mein Verschulden,
bis es in ein Meer von Gnade sank.

Mörike.

Verantwortungsbewußtsein.

Ich habe große Traurigkeit und Schmerzen ohne Unter-
laß in meinem Herzen. Ich habe gewünscht, verbannt zu
sein von Christo für meine Brüder. Röm. 9, 2. 3.

Jüngst stand in einem Aufsatz des „Aufwärts“ über
die Zustände der Gegenwart der Satz: „Das Verantwortungs-
bewußtsein erkränkt.“ Ein überaus ernstes Wort, an
dessen Wahrheit leider nicht zu zweifeln ist. Das aber
uns allen viel zu sagen hat. Haben wir selbst Verantwortungs-
bewußtsein für unsere Brüder und Volksgenossen?
Haben wir es so, wie es Paulus hatte für seine Brüder
nach dem Fleisch, die Juden, die in unseliger Verblendung
sich selbst ausgeschlossen hatten von dem Heil, das
der Welt in Christus erschienen ist?

Verantwortungsbewußtsein für andere, in einem
Dreifachen muß es sich äußern. Zuerst in einem wirk-
lichen Durchleben und Durchdenken der Lasten und Räte,
die auf die andern und die Gesamtheit gelegt sind. Neh-
men wir die gegenwärtige schwere Last unseres Vater-
landes aufs Herz? Nehmen wir die furchtbare Arbeits-
losigkeit unserer Brüder, nehmen wir die Frage: wie
nimmt unser Volk die schwere Heimsuchung, die über uns
gekommen ist, auf? In unser Gebet mit hinein, reden wir
mit Gott darüber und bitten wir ihn, daß er auf Dinge,
die jetzt so ganz verworren sind, doch Licht fallen lassen
möchte? Das wäre etwas von Verantwortungsgefühl.

Das andere aber ist: Wirklich mittragen und sich mit-
schuldig wissen an vielem, was uns heute bedrückt. Wir
schelten über unerhörte Dinge, die sich heute zutragen,
machen anderen ein Sündenregister auf. Wir werfen an-
deren übertriebene Ansprüche an das Leben vor, sind wir
selbst mit ganz wenigem zufrieden? Wir finden scharfe
Worte über die Unruhe und Unrast, die viele heute er-
griffen hat, sind wir selbst innerlich gesammelte Men-
schen, die es mit dem Worte halten: „Nur an einer stillen
Stelle legt Gott seinen Anker an?“ Gewiß, wir sind nicht
an allem schuld, aber gerade dann, wenn wir es nicht
sind, nehmen wir teil am stellvertretenden Leiden, das
ein Christ einen der größten inneren Reichtümer der
Menschheitsgeschichte genannt hat.

Und das dritte Stück des Verantwortungsbewußt-
seins ist das sich für andere Opfern. Opfern ist immer
eine Tat der Liebe und wahrhaftige Liebe ist immer
ein Lassen, ein Lassen von etwas, was einem ein unent-
behrliches Stück des Lebens zu sein scheint. Wieviel an
Opfern und Darangeben weist unser so zäh festgehaltenes
Eigenleben auf?

Höchstes Verantwortungsbewußtsein für eine arme,
schuldbeladene Menschheit hatte nur Einer, unser Herr
Jesus Christus. Wie der Prophet den zukünftigen Heil-
land zeichnete, so war er und ist er auch heute noch: seine
Seele hat gearbeitet, er hat die Sünden vieler getragen,
er hat für die Uebelthäter gebeten und hat sein Leben in
den Tod gegeben. Von seinem Verantwortungsgefühl
leben wir, ohne ihn wären wir verloren.

Cremer.

Was vorgeht.

Die Woche brachte ein schweres Grubenunglück im
Rheinland. Eine gewaltige Explosion, deren Ursachen bis
jetzt nicht festgestellt sind, brachte mehr als 250 Berg-
leuten den Tod. Aus einer Familie sollen der Vater
und drei Söhne bei dem Unglück aus dem Leben gerissen
worden sein. In einem Augenblick ist großes Leid über
Hunderterte von Familien gekommen. Männer und Jüng-
linge, die sich gleich allen anderen Menschen ihres Lebens
freuten, wurden dahingerafft. Sie fanden den Berg-
mannstod, erlagen der Gefahr, die dem Bergmann im
dunklen Schoß der Erde in viel größerem Maße droht,
als anderen Menschen.

Wenn hin und wieder durch Naturereignisse, auf die
die menschliche Macht keinen Einfluß hat, größere Mas-
sen zu Tode kommen, so wird zuweilen darauf hingewie-
sen, daß solche Ereignisse gerade in unserer Zeit, wo Wis-
senschaft und Technik oft glauben, alles wagen und alles
überwinden zu können, Warnrufe an die Menschheit sein
sollen, die ihr zum Bewußtsein bringen müßten, daß al-
les Wollen und Können und Forschen der Menschen eine
Grenze hat, und daß darüber noch eine Macht da ist, die
aller Schicksal bestimmt. Handelt es sich aber um ein Un-
glück, wie wir es nun wieder in Alsdorf bei Aachen erleben,
dann wird doch immer gefragt, ob nicht menschlicher
Eigennutz und Gewinnsucht Vorsichtsmaßnahmen verhin-
derten, die unter Umständen solche furchtbaren Katastro-
phen unmöglich machen könnten. Bei ähnlichen früheren
Fällen gaben wir der Meinung Ausdruck, daß sich wohl
nie und nirgends so vollkommene Einrichtungen schaffen
ließen, daß das Leben und die Gesundheit der Menschen
auf alle Fälle gesichert sei. Das Unglück in Alsdorf aber
sollte gerade in dieser Zeit, wo in aller Welt Beschlüsse
gefaßt und Entscheidungen getroffen werden, die das
Lebensschicksal und die Existenzfragen derjenigen Men-
schen in besonderer Weise berühren, die den schweren und
gefährlichen Beruf des Bergmanns haben, denen, die da
Entscheidungen zu treffen haben, das Gewissen schärfen
und das Verantwortungsbewußtsein wecken. Auch die
Bergleute haben das Leben lieb. Und wenn sie den schwe-
ren Beruf auf sich nehmen, der geradezu der Schlüssel-
beruf ist für alle die anderen Gebiete der Wirtschaft, die
den Menschen Arbeit und Existenzmittel geben, dann
sollte eine Wirtschaft, die eine gewissenhafte und gerechte
Ordnungswirtschaft sein will, auch die Möglichkeit geben,
alles, was an technischen Fortschritten und materiellen
Leistungen das Leben und die Existenz des Bergmanns
sichern und erträglich gestalten könnte, anzuwenden und
wirksam zu machen.

Bisher hat man es immer erlebt, daß solch ein Un-
glück auch noch zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt
wurde. Das ist dann noch besonders widerlich. Sollte aber
wirklich dem bestehenden Wirtschaftssystem mit Berechti-
gung Schuld an einem so furchtbaren Ereignis zugemessen
werden können, dann wäre es die Pflicht des Staates,
im Interesse der Sicherheit der schaffenden Staatsbürger
und auch im Interesse der eigenen Sicherheit dafür Sorge
zu tragen, daß andere Zustände geschaffen werden. In
der Stunde aber, wo an der Unglücksstätte um Menschen-
leben geweidet wird, die für diese Erde nicht wieder zu
gewinnen sind, sollten die Zurückgebliebenen etwas davon
merken, daß die Liebe unter den Menschen doch noch nicht
ausgestorben ist. Und wenn aus dieser Tränenfaat für
unser ganzes Volk die Erkenntnis erwachsen würde, daß
es eine Schicksalsgemeinschaft gibt, die auch durch solche
Heimsuchungen erzogen werden muß, dann kann auch
daraus noch Segen erwachsen.

In der Politik hat es in der vergangenen Woche
manches gegeben, wonit die Politiker nicht so fest gerech-
net hatten. Die Wähler aber auch nicht. In der Begei-
sterung des Wahlkampfes haben sie sicher nicht daran ge-
dacht, einen Reichstag wählen zu wollen, der nach 5 mit
viel Rodau ausgefüllten Tagen wieder nach Haus geschickt
würde. Ueber einzelne Vorgänge ist ja hier schon berich-
tet worden. Welche großen Enttäuschungen diese Vor-
gänge vielen Wählern gebracht haben, davon zeugen die
mancherlei Zuschriften, die wir in den letzten Tagen aus
unserer Leserschaft bekamen. Durchweg scheint man der
Meinung gewesen zu sein, die während des Wahlkampfes
so hochgehende nationale Welle würde nun weiter rau-
schen und alles, was noch zu erreichen sei, in ihren Bann
ziehen. Die Präsidentenwahl und die wenigen vorgenom-
menen Abstimmungen zeigten aber dann gleich, daß die
Welle nicht weit genug schlägt. Es ist leider eine Tatsache,
daß bei unserem herrschenden Parlamentarismus jeder
Mehrheitswechsel die ganze Regierungsmaschinerie ins
Wanken bringt. Und daher kommt es auch, daß mit we-
nigen Ausnahmen die Leute, die aus ihren Parteien her-
aus mit an die Regierung gekommen sind, allen ihren
Einfluß dahin geltend zu machen, daß auch die Parteien,
denen sie angehören, mit an der Macht bleiben. Wären nicht
die Herren Geheimräte und die übrigen Beamten der ein-
zelnen Abteilungen die ragenden Felsen in der Erscheinung
des Reichstags, so würde ein heillofes Chaos aus dem gan-
zen Staatsapparat. Wenn nun jetzt nach einer Wahl, die
die Parteien, welche hinter der Regierung standen, die
aber im alten Reichstag schon keine Mehrheit mehr bil-
deten, noch mehr schwächte, die alte Regierung doch am
Ruder bleibt und es sogar verstanden hat, sich vom neuen
Reichstag eine gewisse Handlungsfreiheit geben zu lassen,
so ist das immerhin in unserem „demokratischen“ Staat
ein Ereignis, das beachtet werden muß. Die Regierung

Brüning scheint die Hoffnung zu haben, die Lage trotz
des beunruhigenden Standes des Arbeitsmarktes und
trotz des bevorstehenden Winters meistern zu können.
Ob sie das nun mit Hilfe der Sozialdemokraten oder mit
der Hilfe der Nationalsozialisten tut, kann dem Staats-
bürger, dem es um Ordnung und Gerechtigkeit zu tun
ist, gleich sein. Es ist nur die Frage, ob ein solcher Fort-
schritt überhaupt möglich ist ohne Abkehr von dem Kurs,
der bisher innen- und außenpolitisch gesteuert wurde.
Und an eine solche Abkehr denkt der Reichskanzler nicht.
Jedenfalls glaubt er dem Ausland gegenüber zuweilen be-
tonen zu müssen, daß Deutschland weiterhin versuchen
werde, seinen Reparationsverpflichtungen voll gerecht zu
werden. Dem Auge des gewöhnlichen Staatsbürgers ist
allerdings noch kein Zeichen sichtbar, das darauf hindeu-
tet, daß der neue Ueberbrückungskredit eine
bessere Wirkung haben wird als die Auslandsan-
leihen, die bisher zu den gleichen Zwecken aufgenommen
wurden. Ueber die wachsenden Schwierigkeiten werden
die Wähler zur Zeit hinwegzutäuschen versucht mit dem
Sinnbild auf die Quittung, die das Ausland Deutschland
auf seine nationalsozialistische Wahl durch das Zurücknehmen
seiner Kredite gegeben habe. Sobald das Ausland merke,
daß Deutschland zahlungswillig und nationalistenfeind-
lich sei, werde sich die Sache wieder machen. Wir würden
gerne hoffen, daß sich das deutsche Volk nach dieser neuen
Aktion nicht in der gleichen Weise betrogen sieht, wie das
bei allen früheren Erfüllungsversuchen der Fall war.

In den Parteien stellt man sich inzwischen darauf ein,
daß der Kampf, der innenpolitisch in Deutschland auszu-
kämpfen sei, um Sein oder Nichtsein der einzelnen Rich-
tungen gehe. Daraus könnten schwere und traurige Zei-
ten für unser Vaterland entstehen. Die Tatsache, daß
Herr Severing von dem preussischen Ministerpräsi-
denten so plötzlich wieder zum Innenminister in Preußen
ernannt worden ist, läßt darauf schließen, daß man dort
gewillt ist, einer nationalen Bewegung, die im Stahl-
helm, in den Nationalsozialisten und in den Deutschna-
tionalen eine wohlorganisierte Macht repräsentiert, ener-
gisch entgegen zu treten. Als am Sonntag die „Vossische
Zeitung“ ihren Lesern erzählte, daß Severing den Mut
gehabt habe, während des erregten Redekampfes im
Reichstag zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemo-
kraten ganz allein mitten durch seine Feinde hindurchzu-
schreiten und dann meinte: „Was wäre er gerade in die-
sen schweren Zeiten, da der Radikalismus heftiger als je
gegen den Staat anrennt, für ein ausgezeichnete Innen-
minister in Preußen“, da ließ sich schon ahnen, daß Se-
vering im Lauf der Woche wirklich Innenminister in
Preußen werden würde. Es ist so gekommen. Wie zu
allen Zeiten, die für den neuen Staat besonders kritisch
waren, Severing zur Rettung gerufen wurde, so ist es
auch jetzt geschehen. Wäre es zu einem Regierungswechsel
im Reich gekommen, so würde sicher Severing das Innen-
ministerium oder das Reichswehrministerium übernom-
men haben. Wo nun aber daraus nichts wurde, hatte es
die preussische Regierung in der Hand, ihren Mann
an die richtige Stelle zu bringen. Der staatsmännischen
Klugheit Severings ist es in der Antistatistik als preu-
ßischer Innenminister, in der er sich fünf Jahre lang hielt,
gelungen, die politischen Verhältnisse in Preußen so zu sta-
bilität, daß der Einbruch einer anderen Partei in diese
Festung bisher nicht möglich war. Der Umstand, daß der
preussische Staatsbürger im Durchschnitt keinen Un-
terschied zum deutschen Staatsbürger fühlt, mochte
der Sozialdemokratie die Erhaltung ihrer Macht in
Preußen erleichtern. Dem Einfluß, den Severing auf die
Verwaltung mit dem größten und wichtigsten Beamten-
apparat hatte, ist es gelungen, durch eine entsprechende
Personalpolitik sich einen starken Anhang zu sichern, auf
den er sich verlassen kann, wenn die Gefahr besteht, daß
von anderer Seite etwas an den Verhältnissen geändert
werden sollte, die für sie in dem neuen Staat geschaffen
sind. Da nun aus der Auflösung des preussischen Land-
tags, durch die ziemlich bestimmt eine Veränderung der
Machtverhältnisse herbeigeführt worden wäre, nichts ge-
worden ist, so hat Severing vorläufig noch freie Hand,
in gleicher Weise wie früher den Einfluß seiner Partei
durch eine Personalpolitik in diesem Sinne noch weiter zu
stärken. Scheitert aber die Reichspolitik und gelingt es
nicht, die Wirtschaft besser in Gang zu bringen, wird das
auch auf Preußen eine Rückwirkung haben, die die Hoff-
nungen Brauns und Severings leicht zerstören könnte.

In Frankfurt hat Severing die Arbeitsbeschaffung und
die Finanzreform als die politische Hauptauf-
gabe des Winters bezeichnet. An diese Auf-
gabe denken nun auch die anderen Parteien,
die immer noch Sorge haben, ob diese Auf-
gabe mit dem Sozialisten Severing zusammen und auf

den Wegen, die er für richtig hält, gelöst werden könne. „Die Sozialdemokratie will von heute ab den Kampf gegen den Unverstand der Massen, der sich das Revanchegeschrei nicht nur für den Friedensvertrag, sondern auch für das sogenannte Novemberverbrechen auf seine Fahne geschrieben hat.“ Dieser weitere Satz aus der Frankfurter Rede Severings zeigt deutlich, welche Absichten er mit allen denen zusammen hat, die ihre Macht durch den Unverstand der Massen, also derjenigen, die am 14. September zur Waffe wurden, bedroht sehen. Wenn in Wahl- und Reichstagsreden von einzelnen Rednern Drohungen gegen den politischen Gegner ausgesprochen werden, kann das gefährlich klingen, hat aber doch nicht die Bedeutung wie der Umstand, daß jede der Bewegungen, die in grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die politischen Wege Deutschlands stehen, Massen hinter sich hat, die auf seiner Seite, wenn sie in Bewegung gesetzt sind, leicht zu zügeln sein werden. Und diese letzten schweren Folgen mühten verhindert werden. Es wäre vielleicht nicht nötig, in politischen Reden Wendungen zu gebrauchen, wie es Severing in Frankfurt tat, wenn er davon sprach, daß an eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands nur in der Zusammenarbeit mit dem Auslande zu denken sei und daß wir erträgliche und verträgliche Verhältnisse mit unseren Nachbarn haben mühten, wenn er aber die Dinge so darstellte, als sei der Wille, solche Verhältnisse herbeizuführen auf der Seite seiner politischen Gegner nicht vorhanden. Leider kommt es in der Sache nicht nur auf den Willen an, der in Deutschland in diesem oder jenem Lager vorhanden ist. Es sind brutale Tatsachen, die da den Weg vorschreiben und diese lassen kaum einen Zweifel darüber, daß die Hoffnung auf ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit dem Auslande in dem weltbürgerlichen Sinne der Sozialdemokratie eine Illusion ist. Daher wird es auch schwer sein, zu einer politischen Einigung zu kommen, so wünschenswert es auch wäre, daß die guten Talente, die schließlich in jedem Parteilager vorhanden sind, in friedlicher Zusammenarbeit an der Gestaltung eines gesunden Staatswesens eingesetzt werden könnten.

Wenn es ehrlich gemeint ist, was die „Germania“, das Organ der Zentrums-Partei, die eine Landtagsauflösung und damit eine Regierungsneubildung in Preußen auch jetzt wieder verhindert hat, zu der neuen Entwicklung sagt, dann hat dieser langjährige Bundesgenosse auch wenig Hoffnung auf günstige Folgen der Severingschen und sozialdemokratischen Absichten. Es heißt dort:

„Soll die Berufung Severings auf eine Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in Preußen hinauslaufen? Dann hätte Herr Braun der Ablehnung der Mißtrauensanträge und der Ablehnung des Antrages auf Auflösung des Landtages eine sehr weitherzige und weitgehende Auslegung gegeben. Wir erwarten, daß der neue Innenminister Severing in so gespannten Zeiten, wie wir sie jetzt erleben, das größtmögliche Maß von Objektivität an den Tag legt.“

Die Sorge und Mahnung, die in diesen Sätzen durchklingen, sind sicher aus den Erfahrungen herausgebornen, die das Zentrum mit seinem langjährigen Bundesgenossen in Preußen gemacht hat. Spitzt sich die Lage jetzt immer mehr zu, trägt das Zentrum die Verantwortung. Eine Möglichkeit, der ganzen Politik einen anderen Kurs zu geben, ist verpaßt.

II. Beschlagnahme der „Roten Fahne“. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Amtsgericht Berlin-Mitte eine Ausgabe der kommunistischen „Roten Fahne“ wegen eines Artikels: „Wir warnen vor Severing“ beschlagnahmen lassen.

Ueber Moltkes Charakter.

Von Dr. W. Thiele, Studienrat in Sorau N. L.

Als Knabe hatte Moltke die tiefe Ohnmacht Deutschlands erlebt, als Siebzugjähriger machte er selbst Feindschaft. Den großen Schweiger nannte man ihn damals, und wenn das auch seine Berechtigung hat, so läßt sich doch der geistige Reichtum eines großen Mannes nicht auf so einfachen Ausdruck bringen. Welche Kräfte ließen ihn die Höhe ersteigen? Schon in dem jungen Hauptmann mit dem hellen Blick und dem ruhigen Ernst erkannte der türkische Kriegsminister den Mann, der zu einer Neuordnung des Heeres und der Landesverteidigung die Hand bieten konnte; aber er war niemals nur Soldat. Er hatte sich gründliche Kenntnisse angeeignet, in den Sprachen und der Geschichte, in den Naturwissenschaften und der Erdkunde; er besaß ein tiefes Gefühl für das Leben und Wesen in der Natur. Er verband einen feinen, auf umfassendem Wissen beruhenden geschichtlichen Sinn mit einem lebendigen Verständnis für die Bedürfnisse der Gegenwart; er hatte sich eingeföhnt in die geschichtlich gewordene Eigenart nicht nur des deutschen, sondern auch etwa des russischen Volkes und vermochte ihre Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten zu beurteilen.

Erste Forderung empfand er als Lebensbedürfnis, rege nahm er teil an Kunst und Wissenschaft. Ueberall beobachtete er, das Beobachtete legte er, der Mann der unerschütterten Ruhe, die sich auch in seiner Handschrift ausdrückt, nieder in klaren und anschaulichen, in ruhigen, selbst zur Ruhe zwingenden und dabei doch immer lebendigen Darstellungen, mochte er Reisebriefe aus der Türkei oder aus dem Wildbade Gastein schreiben. Man muß seine Aufzeichnungen selbst lesen, um seine Eigenart zu würdigen; selbst die knappen Proben in unseren Zeitschriften, durch ihre Schlichtheit für den Schiller so fähig, bieten uns Erwachsenen des Anregenden genug. Bei aller Weite des Blicks verstand er es,

Zwei Welten.

Es sind tatsächlich zwei verschiedene Welten — des Geistes, die uns entgegentreten, wenn wir den Inhalt eines von der „Revue des Deux Mondes“ soeben veröffentlichten Briefes Napoleons III. an Kaiserin Eugenie vergleichen mit den Geschehnissen bei Reihondes und in Versailles.

Der Brief lautet:

„Meine teure Eugenie, es ist mir unmöglich, Dir zu sagen, was ich gelitten habe und was ich noch leide. Wir haben einen Marsch gegen alle vernünftigen Grundsätze und gegen den gesunden Menschenverstand unternommen. Das mußte zu einer Katastrophe führen. Diese aber ward vollständig. Ich wäre lieber gefallen, als Zeuge einer so unheilvollen Kapitulation zu werden. Und doch war bei der jetzigen Lage dies die einzige Art, eine Niedermetzelung von 60 000 Menschen zu verhüten.“

Soeben habe ich den König (von Preußen) gesehen, der sich durch und durch als Gentleman und sogar herzlich benommen hat. Er hatte die Tränen in den Augen, als er mir von dem Schmerz sprach, den ich empfinden müsse. Er stellte mir eines seiner Schlösser bei Hesse-Rassel zur Verfügung. Aber was soll es auch bedeuten, wohin ich gehe! Ich fühle, daß meine Laufbahn zerbrochen ist, daß mein Name seinen Glanz verloren hat. Ich bin der Verzweiflung nahe.“

Foch, Clemenceau und Poincaré traten anders auf. („Staatschiff“)

„Die bürgerliche Einstellung“.

Ein unbürgerliches Wort von Hermann Leitz.

In dem Wochenblatt „Was vorgeht“ wurde am 19. Oktober die Zuschrift eines Volksdienstwählers, die eine scharfe Kritik der Volksdienstjahrgesetzten wegen ihrer Haltung bei der Reichstagspräsidentenwahl enthält, veröffentlicht. Der dort festgedruckte Satz, dessen Anfang lautet: „Die bürgerliche Einstellung der Wähler des Christlich-sozialen Volksdienstes verlangt...“, zwingt mich zu einer Aeußerung.

Wie liegt der Fall? Die christlich-sozialen Abgeordneten sind einstimmig für die Wahl des Sozialdemokraten Löbe zum Reichstagspräsidenten eingetreten. Sie erklärten, trotz Ablehnung der weltanschaulichen und politischen Einstellung des zur Wahl vorgeschlagenen, dem Gesetz, d. h. der gültigen Geschäftsordnung nach §§ 8 und 9, Gerechtigkeit und Billigkeit zeigen zu wollen.

Der oben gemeinte Kritiker ist empört über dieses Verhalten der Volksdienstmänner. Er nennt ihren Schritt „unfähig“, spricht von „Brüskierung“ der eigenen Wähler, vom Eintreten für einen Christentumsfeind und prophezeit bereits Vernichtung und „Verschwinden“ des Volksdienstes für den nächsten Reichstag.

Ich bin durchaus nicht dazu veranlagt, alles gut zu heißen und zu rechtfertigen, was die Volksdienstführer schon getan und gesagt haben oder noch tun und sagen werden. Ich hatte mancherlei Bedenken zu überwinden, bis ich mich hinter die Bewegung stellen konnte. Zur Bekräftigung dieser Behauptung will ich drei Punkte nennen, wo ich ganz anders für recht befände als die Führer. 1. Militärfragen: Der C.S.D. (Evangelischer Volksdienst; der badiische Name), d. h. natürlich seine derzeitigen Führer, halten für eine der dringenden Aufgaben der deutschen Politik die sogenannte Wehrhaftmachung des Volkes. Meine seelischen Erlebnisse haben mich hier zu entgegengesetzten Anschauungen gezwungen. Der kürzlich tödlich verunglückte englische Luftfahrtminister Lord Thomson soll in einem Gespräch über die Zukunft der Luftfahrt das Wort von der „fliegenden

Nation“ geprägt haben. Ihr gehöre die Zukunft, im Frieden wie im Kriege. Jede Nation könne es werden. Es sei nur eine Frage der Ausdauer, eine Frage ethischer und industrieller Natur. „Eine fliegende Nation wird eine mutige Nation sein...“ In dem Verhältnis, in dem das Flugwesen fortschreitet, wächst natürlich im Kriegsfalle für jede Nation die Gefahr. Es gehört nur geringe Phantasie dazu, um sich das Bild auszumalen: die schrecklichen Kreuzer und Bombenmaschinen in der Luft, die in Gestalt von Giftgasen Tod und Verderben auf Stadt und Land hinab speien...“ Im Gedanken an diese hier angedeutete Entwicklung kann ich von einer „Wehrhaftmachung“ nun kein Heil für unser Volk erwarten, ganz abgesehen von den religiös-sittlichen Bedenken gegen die gegenseitige Aufrüstung! — Und trotzdem gab ich dem C.S.D. meine Stimme.

2. Schulfragen: Der C.S.D. tritt ein für die Bekenntnisschule. In Baden zwar, wo ich bin, erkennt er die gegebenen Verhältnisse, d. h. die Simultanschule, an. Die Führer glauben aber — und hoffen vielleicht —, daß über kurz oder lang auch für Baden die Bekenntnisschule kommen wird. Ich selbst trete aus Gründen religiöser Ueberzeugung und damit zusammenhängender Erkenntnis der „Zeichen der Zeit“ ein für eine von mir sogenannten „Christlichen Gemeinschaftsschule“, wie sie im Reichellischen Reichsschulgesetzentwurf vor einigen Jahren skizziert war und wohl vervollkommnungsfähig gewesen wäre. In irgend einer Form wird der Reichellische Entwurf doch wieder zur Diskussion kommen, sofern nicht Diktatur von irgendeiner Seite die Schule einheitlich in ihren politischen Dienst kommandiert. Es kommt vielleicht die Zeit, in der für die Christen aller Lager „Bekenntnisschule“ und „Christl. Gemeinschaftsschule“ die gleichen Begriffe sind. Die C.S.D.-Führer denken vorläufig noch anders — und trotzdem gab ich ihnen meine Stimme.

3. Youngplan-Volksbegehren: Die Entscheidung darüber liegt ein Jahr zurück. Der C.S.D. hat das Volksbegehren damals abgelehnt und erst neulich in seinem Organ seine damalige Stellung wieder gerechtfertigt. Ich habe auch in dieser Sache seinerzeit anders geurteilt und mein Urteil vor kurzem an diesem Ort begründet. — Und trotzdem gab ich dem C.S.D. meine Stimme!

Wo bleibt die Konsequenz? Parteipolitische und bürgerliche Denken wird allerdings mit dem besten Willen keine Entdecken können. Darüber bin ich mir völlig klar. Der oben genannte Kritiker ist viel zu viel Parteimann und Bürgersmann — nach meiner Meinung. Deswegen gerät er außer Fassung durch die Führerentscheidung bei der Reichstagspräsidentenwahl. Er hat ohne Zweifel bei seiner Wahl am 14. September sich allerlei Illusionen hingegeben. Er hat übersehen, daß auch der C.S.D. nichts Volkshommes sein kann, und auch sein Werk „Stückwerk“ bleiben wird. Er weiß offenbar noch nicht, daß es, nach aller menschlichen Erfahrung, ein „reines“, absolut „christliches“ politisches Programm noch nicht gibt, auf das sich alle Christengläubigen einigen könnten. Ganz deutlich aber zeigt sein Satz: „Die bürgerliche Einstellung der Wähler verlangt...“, daß er bei seiner Stimmabgabe gar nicht wußte, was der C.S.D. will, bezw. nicht will. Der C.S.D. hat ausdrücklich erklärt: weder marxistisch noch bürgerlich, sondern christlich! Ich persönlich verstehe sein Bollen auch so: weder gegen die noch jene Partei zu kämpfen, sondern für das Recht, die Wahrheit und den Glauben, gleichviel, welche Partei Recht und Wahrheit fordert. Wenn auch viele „Bürgerliche“ hinter dem C.S.D. stehen, so lebt er doch nicht von „bürgerlichen“ Ideen! Ueberhaupt — „bürgerlich“ ist heute ein sehr vieldeutiger Begriff. Viele Sozialdemokraten sind verbürgerlicht, viele Bürgerliche verproletarisiert und zwar geistig und wirtschaftlich. Der C.S.D. will „dienen“, doch nicht den Bürgerlichen allein — denn sie sind nur ein

bei Tannenberg angewandt —, aber er tritt selbst völlig hinter seinem Gegenstande zurück. Ohne daß er ein Wort davon sagt, spürt man, wie er alle Fäden in der Hand behält und doch von den einzelnen Führern Selbstständigkeit fordert. Sein Werk ist der geniale Plan, der die Schlacht herbeiführt hat; aber mit rührender Bescheidenheit spricht er von dem 1. September als dem wirklichen Ruhmestage der Armee. Selbst Soldat mit Leib und Seele, erkennt er klar die staatlichen Notwendigkeiten, beschränkt sich aber in seiner Erzählung streng auf das, was er selbständig beurteilen kann. Kennzeichnend dafür ist der einzige Satz in dem Abschnitt über Sedan, der von politischen Dingen spricht: „Mit der völligen Vernichtung dieses Heeres brach das Kaiserthum in Frankreich zusammen.“ Dieser Feldherr ist gleichwohl ein Mann des Friedens. Als Christ sieht er den Krieg an als ein Glied in Gottes Weltordnung; für die auch in der Kriegsführung fortschreitende Geseßtheit legt er entscheidenden Wert auf die religiöse und sittliche Erziehung der einzelnen Menschen. Den Waffendienst faßt er auf als die Schule der heranwachsenden Nation in Ordnung und Pünktlichkeit, in Gehorsam und Treue; er bezweckt nach seiner Auffassung die Sicherheit des Staates, ohne welche Handel und Gewerbe nicht gedeihen können. Das Wohl des Ganzen ist sein Leitstern, und sein Wahlspruch heißt: „Alle Zeit — Treu bereit — Für des Reiches Herrlichkeit.“

Wir aber wollen auch jetzt stolz darauf sein, daß wir ihn den Unseren nennen dürfen, und dankbar, daß er uns geschenkt wurde. Solche Gefühle verpflichten, sie treiben zu der Frage: „Was bedeutet Moltke für uns?“ Und von der Art, wie wir, jeder nach seiner Kraft und seinen Aufgaben, solche Fragen beantworten, hängt zu einem guten Teile unsere Bildung ab. Können wir unsere Verpflichtung? Die Frage wird zum Schluß: wir wollen das Erbe der Väter wahren in deutscher Treue, nur dann verdienen wir einen Aufstieg, nur dann können wir wieder ein Volk werden.

Teil —, sondern Ganz!

Wir ist aus worden, daß das zum C.S.D. über weil der C.S.D. wollen, besonders lehrt uns nicht: dem: „haltet euch guten Willen, an nen, beim C.S.D. Stimme gegeben! gehaltene Entschö vom C.S.D. abba allein seine Ver schen Parteivese Hände seiner V

Aber jetzt ein her als V.D.-Ab wein man nicht gesagt, wenn m. W. allgemein sein nicht immer Unparteilichkeit Partei angehört, Unparteilichkeit auf er zur Wahl. M fsem Fall durchau war ein Mann z konnte, daß er f Ordnungsamt im zu entscheiden. Christentum und auf Fanatismus innersten Gewiss aus Evangelium Aber es heißt das man an Andersg Vertrauen meck C.S.D. durch Be das Gute und da im Geist der die Evangelium zu gründe aufzudeck ren, die mit der C.S.D.-Leute gilt nen sie zusamme schen und auch d fterten Fall hand schauungsfragen die Frage: Könnn das Vertrauen h richtig verwalte keine Rolle. C bürgerliche Gesin zu einem solchen Wir sind noch son des Menche Kleid, Geld, Sto sen, der das Herz Die C.S.D.-Abge sich in gleichem wissen. Nur sow Christi sich u stellt wissen und Parteiamen, son nach dem Wohl sie ihrer Berufu Anders werden s gruppen zerstreue mit christlichem ich, daß sie halter ler Gesinnung de tern, zu — diene

Beschlüsse Gemeinames der Arbeitneh

Der 7. W des fand mit d licher Anträge der Teilnehmer beamentums, de von Beamtenfe hüllungsverhät bebung der Hä leges und Crl Schaffung einhe nisse notwendig

Mit Nachd reits in der R regelung des l schließung verla der Freisunkun tragt, umgeben nehmen, um ei nifikationen der auf diesem Gebi

Der Bunde sachen der geg hohen Reparati Aufgaben der h badike Revision Wiederherstellu lichen Freiheit

Serabichung — Berlin, bliche Frau Wirkung einen für Britetts von Hauebrandpreise

die Zukunft,
es könne es
dauer, eine
ine fliegende
In dem Ver-
wächst natür-
r. Es gehört
ild auszuma-
maschinen in
und Verder-
im Gedanken
ich von einer
fer Volk er-
ittlichen Be-
— Und trotz-

für die Be-
erkennt er
ansprüche, an-
leicht —, daß
kenntnisshule
den religiöser
er Erkennt-
n mit Jogen.
Kreuzelischen
en skizziert
wesen wäre.
Entwurf doch
Diktatur von
ihren politi-
icht die Zeit,
unterschiede
den Begriffe
noch anders
... Die Ent-
E.D. hat
st neulich in
der gerech-
rzeit anders
sejm Ort be-
E.D. meine

es und bür-
ersten Willen
e völlig klar.
Parteimann
Deswegen
cheidung bei
bei seiner
hingege-
nichts Volk-
Stückwerk
daß es, nach
solat „schl-
auf das sich
anz deutlich
stellung der
stimmabgabe
nicht will.
e marxistisch
rönlich ver-
ie noch jene
ie Wahrheit
Recht und
liche“ hinter
ürgerlichen“
in sehr viel
ind verbür-
und zwar ge-
lenen“, doch
ind nur ein

selbst völlig
er ein Wort
n der Hand
selbstständig-
an, der die
Becheiden-
n wirklich
it Leib und
endigkeiten,
und auf das,
hneend dafür
Sedan, der
illigen Ver-
in Frank-
l ein Mann
an als ein
n der Krieg-
tscheidenden
ng der ein-
auf als die
rdnung und
gezweckt nach
ohne welche
Das Wohl
pruch heißt:
es Herrlich-

in, daß wir
dar, daß er
pflichten, sie
für uns?“
Kraft und
h, hängt zu
wir unsere
wir wollen
e, nur dann
können wir

Teil —, sondern dem „Volk“ — denn es geht ums Ganze!

Wir ist aus einer bodischen Industriestadt berichtet worden, daß dort zahlreiche frühere Sozialdemokraten zum E.D. übergetreten seien, eben aus dem Grund, weil der E.D. verhielt, allen zum Recht verhelfen zu wollen, besonders den Entrechteten! Das Evangelium lehrt uns nicht: „Haltet euch zu den Bürgerlichen, sondern: „Haltet euch zu den Niedrigen“. — Ich habe den Willen, ausschließlich dem Willen Gottes zu dienen, beim E.D. gesehen, darum habe ich ihm meine Stimme gegeben! Nicht einzelne, von einzelnen für falsch gehaltene Entscheidungen der Abgeordneten können mich vom E.D. abbringen. Abbringen von ihm könnte mich allein seine Verkrüppelung zu einem bürgerlich-egoistischen Parteivertreter! Daß er das nicht werde, ist auch in die Hände seiner Wähler gegeben.

Aber jetzt eine praktische Frage: Was hätte der Kritiker als E.D.-Abgeordneter getan? Er hat nur gesagt, wenn man nicht hätte wählen dürfen, aber er hat nicht gesagt, wenn man hätte wählen sollen. Löbe wird m. W. allgemein das Zeugnis ausgestellt, daß er bisher sein nicht immer leichtes Amt mit Geschick und Takt und Unparteilichkeit geführt habe. Da er zudem der stärksten Partei angehört, der nach demokratischen Grundsätzen die Anwartschaft auf den Präsidentenstuhl zusteht, stand nur er zur Wahl. Wir scheint, die E.D.-Leute hätten in diesem Fall durchaus richtig, d. h. sachlich, gehandelt. Es war ein Mann zu wählen, zu dem man Vertrauen haben konnte, daß er fähig sei, in würdiger Weise das höchste Ordnungsamt im Reichstag auszuüben. Mehr war nicht zu entscheiden. In der Haltung des E.D. Verrat am Christentum und an den Wählern zu sehen, scheint mir auf Fanatismus zu deuten. Ich erwarte wahrhaftig selbst innersten Gewissenszerrüttung und entschiedene Verpflichtung ans Evangelium von Seiten der E.D.-Abgeordneten. Aber es heißt das Evangelium nicht recht verstehen, wenn man an Andersgläubigen keinen guten Fehler läßt. Nur Vertrauen weckt Vertrauen. Es ist ja gerade Aufgabe des E.D., durch Vertrauen, ohne Rücksicht auf Parteifarbe, das Gute und dadurch Volksgemeinschaft zu fördern und im Geist der Liebe und damit zur rechten Zeit das Evangelium zu bezeugen und die Gegensätze und Abgründe aufzudecken. Aber ja keine Gegensätze konstruieren, die mit der Sache nichts zu tun haben! Für die E.D.-Leute gilt es, hinter den Parteimenschen, mit denen sie zusammenarbeiten müssen, an den Auch-Menschen und Auch-Deutschen zu glauben. In dem oben kritisierten Fall handelte es sich wirklich nicht um Weltanschauungsfragen und letzte Entscheidungen, sondern um die Frage: Können wir zu dem vorgeschlagenen Menschen das Vertrauen haben, daß er das ihm zugedachte Amt richtig verwaltet? Die Parteizugehörigkeit spielte da keine Rolle. Christliches Bekenntnis, nationale oder bürgerliche Gesinnung befähigen a n sich noch lange nicht zu einem solchen Amt. —

Wir sind noch weit weg vom Sinn Jesu, der die „Person des Menschen nicht achtete und ansah“, dem Titel, Reich, Geld, Stand und Sirenenstimmen nichts bewiesen, der das Herz ansah und wußte, was im Menschen ist. Die E.D.-Abgeordneten haben allen ihren Kollegen sich in gleichem Maße verbunden und verpflichtet zu wissen. Nur soweit, als sie wirklich als Botschafter Christi sich unter die übrigen Volksvertreter gestellt wissen und sie nichts, aber auch gar nichts, nach Parteifarben, sondern allein nach dem Sinn Jesu und nach dem Wohl des Volkes fragen, nur soweit werden sie ihrer Berufung treu bleiben und Verheißung haben. Anders werden sie sich bald in die einzelnen Interessengruppen zerstreuen oder selbst eine neue Interessengruppe mit christlichen Mänteln werden. Einstweilen hoffe ich, daß sie halten, was sie versprochen: in christlich-sozialer Gesinnung dem ganzen Volk, auch den Volksvertretern, zu dienen!

Beschlüsse des Beamtenbundes.

Gemeinsames Vorgehen aller Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer erstrebt. — Revision des Young-Plans gefordert.

Der 7. Bundestag des Deutschen Beamtenbundes fand mit der Annahme zahlreicher beamtenpolitischer Anträge seinen Abschluß. Besonders bewegte die Teilnehmer die Frage des Abbaus des Berufsbeamtenums, den man in der zunehmenden Besetzung von Beamtenstellen mit Personen, die nur im Anstellungsverhältnis stehen, sieht. Man verlangte Aufhebung der Härten und Mängel des Besoldungsgegesetzes und Erlass von Laufbahnrichtlinien, die zur Schaffung einheitlicher und gesunder Personalverhältnisse notwendig seien.

Mit Nachdruck wurde die Durchführung der bereits in der Reichsverfassung vorgeschriebenen Neuordnung des Beamtenrechts gefordert. Eine Entscheidung verlangt energische Maßnahmen in der Frage der Freisetzung. Die Bundesleitung wurde beauftragt, umgehend die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um ein Zusammenwirken aller Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf diesem Gebiete zu erreichen.

Der Bundestag sieht eine der wesentlichsten Ursachen der gegenwärtigen schwierigen Lage in den hohen Reparationszahlungen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung müsse es sein, die alsbaldige Revision des Young-Plans mit dem Ziele der Wiederherstellung der vollen wirtschaftlichen und staatlichen Freiheit des deutschen Volkes zu betreiben.

Herabsetzung der Tarife für Industriebrandkohle.

— Berlin, 25. Oktober. Das Mitteldeutsche und das Ostelbische Braunkohlen-Syndikat haben mit sofortiger Wirkung einen Nachlaß auf den Industriellistenpreis für Briketts von 6 Mark für 10 Tonnen gewährt. Die Sauerbrandpreise bleiben unverändert.

Eine Schlapppe Nordamerikas.

Präsident Luiz gestürzt.

Sieg der Revolution.

Die Bundesstruppen geschlagen. — Die Regierung gestürzt.

Rio de Janeiro, 24. Oktober. Nach heftigen Kämpfen hat nunmehr auch in Brasilien die Aufstandsbewegung mit einem Sieg der Revolution geendet. Die Entscheidung zugunsten der Aufständischen fiel mit dem Uebergang der Marine zu der revolutionären Truppe. Damit hatte die Regierung ihren letzten Halt verloren. Im gleichen Augenblick gelang es den Revolutionären, auch auf dem Lande der Regierung einen schweren Schlag beizubringen. Aufständische Kavallerie schlug die Bundesstruppen in die Flucht und unterbrach den Eisenbahnverkehr zwischen der Bundeshauptstadt Rio de Janeiro und Sao Paulo. Eine Stunde nach dem Uebergang der Flotte erklärte Präsident Luiz seinen Rücktritt; die Minister legten ihre Ämter nieder. Die Regierung übernahmen die Führer der Militärpartei, General Castro und General Barreto.

Als in Rio de Janeiro der Sturz der Regierung bekannt wurde, brachte die Bevölkerung Hochrufe auf die Revolution aus. Zur Feier des Sieges der Aufständischen wurden die Banken und Geschäfte geschlossen. Es bildeten sich lange Demonstrationsszüge, die Hochrufe auf die neuen Männer ausbrachten.

Die Gebäude der Zeitungen, die bisher zur Regierung standen, sollten zerstört worden sein.

Die Kampfhandlungen in Brasilien eingestellt.

— New York, 24. Oktober. Sofort nach Bekanntwerden des Regierungsturzes in Rio de Janeiro wurden die Kampfhandlungen an den 3 Fronten eingestellt und die Nachrichtenzensur aufgehoben. Dies beweist, daß das provisorische Kabinett Herr der Lage ist. Der Umsturz ist im Geheimen sorgfältig vorbereitet worden. Bereits in den

letzten Tagen muß schon eine geheime Verbindung zwischen den Aufständischen und dem 3. Infanterieregiment bestanden haben, da in der letzten Nacht vier Flugzeuge der Aufständischen über Rio kreuzten und die Hornisten des 3. Infanterieregimentes den Flugzeugen durch Signale mitteilten, daß Luiz das Ultimatum, bis 10 Uhr zurückzutreten, zugeleitet worden ist.

Kenner der brasilianischen Verhältnisse in Washington befürchten, daß die Eifersucht der revolutionären Führer neue Schwierigkeiten schaffen wird, insbesondere werde Dr. Vargas, der Gouverneur des Staates Rio Grande do Sul, sich nicht damit abfinden, daß er von den Militärs in der Bundeshauptstadt ausgeschaltet worden ist. In politischen Kreisen Washingtons rechnet man jedoch mit einer Einigung unter den Führern. Staatssekretär Stimson lehnt jede Stellungnahme zu den Ereignissen in Brasilien ab, da er noch nicht im Besitz eines amtlichen Berichtes sei.

Präsident Luiz verhaftet.

— London, 24. Oktober. Der bisherige brasilianische Präsident Washington Luiz ist verhaftet worden. Er befindet sich im Stabsgebäude des 3. Infanterieregiments. Starke Wachen schützen vor dem Mob.

England in Nöten.

Südafrika verläßt vorzeitig die Reichskonferenz.

Die südafrikanische Delegation sagte den Besuch der britischen Reichskonferenz statt am 14. schon am 7. November zu verlassen, da sie der Meinung ist, daß ein längeres Verbleiben überflüssig sei. Soviel man weiß, ist in der Lösung der zwischenmenschlichen wirtschaftlichen Fragen kein Fortschritt zu verzeichnen.

Aktivität in Mitteleuropa.

Den zweiten Teil der Tagung füllte ein von Dr. Schlenker erstatteter Bericht über die Handelspolitik aus. Dr. Schlenker kam dabei zu dem Ergebnis, die deutsche Handelspolitik müsse auch weiterhin am Grundsatz der Weisbegünstigung, der allerdings einer gewissen Forderung bedürfe, festhalten.

Die letzten, von agrarpolitischen Gesichtspunkten getragenen, Zusammenschlußbestrebungen der östlichen und südöstlichen europäischen Länder machten es Deutschland zur Pflicht, der Sicherung und dem Ausbau seiner mitteleuropäischen Marktsstellung stärkere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen. Wenn sich Deutschland nicht alsbald in die Bemühungen zur Schaffung eines mitteleuropäischen Großwirtschaftsraumes einzufügen versuche, laufe es Gefahr, eines seiner zukünftigen Absatzgebiete zu verlieren.

Eine der nächsten Aufgaben sei die planmäßige und zielbewußte Arbeit an der Schaffung einer Zollunion zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich,

um dadurch eine tragfähige Plattform für fruchtbare Beziehungen zu den anderen Wirtschaftsgebieten Mitteleuropas zu gewinnen.

In Düsseldorf traten die maßgebenden Führer der westdeutschen Industrie, die Vorstände der Gruppe Nordwest und des Langnamvereins, zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die Aussprache diente der Vorbereitung der für den 4. November einberufenen Tagung des Langnamvereins und der Behandlung der Fragen, die sich aus der politischen Entwicklung und aus dem Ergebnis der Wahlen für die deutsche Wirtschaft ergeben.

Neuer Preis für
Kathreiner
1 Pfundpaket 55 Pfg.
50 Pfg.
1/2 Pfundpaket 28 Pfg.
26 Pfg.!

...wieder ein
Grund mehr, immer
Kathreiner
zu trinken!

Halbmast!

Die letzte Ruhestätte der Toten von Alsdorf.

Im ganzen Deutschen Reich sind heute auf allen öffentlichen Gebäuden die Fahnen auf Anordnung der Reichsregierung auf halbmast gesetzt, weil die grauenhaft lange Reihe der Särge, die die Opfer des entsetzlichen Unglücks von Alsdorf bergen, der geweihten Erde übergeben wird. — Der hiesige Regierungspräsident hat angeordnet, daß alle Festlichkeiten, Theater- und Kinovorführungen sowie Konzertveranstaltungen zum Zeichen der Trauer unterbleiben.

Die Gemeinde Alsdorf hat einen neuen Friedhof abstecken lassen. Das Gelände liegt zwischen Tannenwald und Weidenbäumen. Es sind vier große Gräberreihen ausgeworfen, durch deren Mitte ein Weg führt. Diese Stätte wird der Mittelpunkt des zukünftigen Gemeindefriedhofs sein.

Am heutigen Vormittag erfolgt die Beisetzung auf diesem neuen Friedhof. Am Nachmittag werden auf auswärtigen Friedhöfen die Toten beigesetzt.

Schon gestern wehten im benachbarten Nagen in allen Straßen die Flaggen auf halbmast. Auch Alsdorf selbst gibt auf diese Weise seiner Trauer Ausdruck.

Die Kommunisten

haben es, wie das nicht anders zu erwarten war, fertigbekommen, auf ihre rabauische Art die Trauerstille zu stören. Mit gellenden Pfui- und Niederrufen zogen sie am Abend durch die Straßen. Es wurden die üblichen Hezreden gehalten, und der größte Schreier war ein — französischer Kommunist! Man übergeht alles weitere aus Ehrfurcht vor der Majestät des Todes am besten mit Stillschweigen.

Trauergeklaut in Preußen.

Auf Anordnung der evangelischen Landeskirche küteten am heutigen Sonnabend aus Anlaß der Beisetzung der Toten von Alsdorf in ganz Preußen Glöden.

Die Zahl der Todesopfer ist, nachdem inzwischen noch zwei Verletzte im Krankenhaus gestorben sind, auf 258 festgestellt worden. Am Tage vor der Beisetzung konnte noch aus der Hauptstraße der 360-Meter-Sohle die Leiche eines Führers einer verschütteten Benzol Lokomotive geborgen werden. Diese Lokomotive spielt insofern eine Rolle, als bei einzelnen die Meinung laut wird, daß durch sie möglicherweise die Schlagwetter entzündet worden seien.

Hochwasserkatastrophe in Mexiko

Hunderte von Toten.

— New York, 24. Oktober. Wie aus Mexiko Stadt gemeldet wird, ist ein Hauptmann namens Barraco mit den Truppen der Garnison Alamo in Tampico eingetroffen. Wie er berichtet, ist die Stadt Alamo durch das verheerende Hochwasser am letzten Dienstag völlig vernichtet worden. Hunderte von Menschen haben in den hochgehenden Fluten den Tod gefunden. Außer Alamo ist auch die Stadt Tzgon im Staate Veracruz durch die Ueberschwemmung schwer heimgesucht worden. Militärische Hilfe ist aus Tampico angefordert worden.

Flugzeugabsturz bei Paris.

Auf dem Pariser Flugplatz Le Bourget ereignete sich ein folgenschweres Flugzeugunglück. Den Piloten René und Nicolas, die einen Flug nach Legeyten antreten wollten, mißglückte der Start siebenmal. Als sie dann endlich vom Boden losamen, stürzte das Flugzeug über einer Häuserreihe ab und explodierte.

Amerika will abwarten.

Vorläufiger Abschluß der Revisions-Diskussion. — Ein Kommentar der „Times“.

— London, 25. Oktober.

Die Revisions-Diskussion in der englischen und amerikanischen Presse hat jetzt einen vorläufigen Abschluß gefunden, da nach einer Erklärung des Schatzamtes in Washington die Regierung der Vereinigten Staaten die Dinge an sich heran kommen lassen, es also Europa überlassen will, den ersten Schritt zu tun.

Was die weitere Politik der Vereinigten Staaten in der Reparationsfrage und in der Abrüstung betrifft, heißt es darüber in einem Artikel des Washingtoner Korrespondenten der „Times“, die amerikanische Regierung wolle die Tätigkeit der vorbereitenden Abrüstungskommissionen zum Abschluß gebracht wissen, damit der Weg für eine allgemeine Abrüstungskonferenz für später frei werde.

In der Frage, ob die wirtschaftliche Not Europas und der übrigen Welt in erheblichem Maße ein Ergebnis politisch-militärischer Gegensätze sei oder ob die Verschärfung dieser Differenzen in den letzten Monaten nicht umgekehrt auf die wirtschaftliche Depression zurückzuführen sei, gingen die Ansichten der verantwortlichen Kreise Amerikas auseinander. Die Regierung wünsche aber, der Welt keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie an der Ratifizierung des Dreimächtevertrages, an der Möglichkeit einer französisch-italienischen Vereinbarung und an dem Abschluß

der Arbeiten der vorbereitenden Kommission interessiert sei.

Die Wünsche ferner bekannt zu geben, daß eine eventuelle Moratorium-Erklärung durch Deutschland bezüglich der ungeklärten Reparationszahlungen, und die finanzielle Rückwirkung einer solchen Erklärung Fragen seien, die sie gegenwärtig nicht in Erwägung ziehe, eintretendenfalls aber mit völliger Unparteilichkeit prüfen würde.

Der Korrespondent schließt seine Ausführungen: Der Beschluß, die Fragen der wirtschaftlichen Erholung der Welt und des Weltfriedens zum mindesten für den Augenblick sich selbst zu überlassen und so wirksam wie möglich auf dem politisch-militärischen Gebiet zu manövrieren, ist, wenn die gegenwärtige Stimmung in den Vereinigten Staaten berücksichtigt wird, wahrscheinlich als klug zu betrachten. Sollte aber diese Bemühung fehlschlagen oder der Erfolg sich zu lange hinauszögern, dann wird der andere Weg beschritten werden. Es wird dann interessant sein, festzustellen, ob nach einem durch den Eigensinn gewisser Kreise hervorgerufenen Fehlschlag des Vorgehens auf politisch-militärischem Gebiet die wirtschaftliche Unparteilichkeit, zu der die amerikanische Regierung sich gegenwärtig bekennet, aufrecht erhalten wird.

— Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Berliner Metallindustrie sollen, nachdem die erste Fühlungnahme nach dem Streik ergebnislos geblieben ist, am Montag wieder aufgenommen werden.

Kürzung der Ministergehälter.

Nach Schluß der Kabinettsitzung wurde folgende Mitteilung veröffentlicht:

In der heutigen Kabinettsitzung verabschiedete das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichskanzlers den Reichshaushaltsplan für 1931. In diesem Zusammenhang faßten die Minister den Beschluß, nicht erst eine gezielte Herabsetzung ihrer Bezüge abzuwarten, sondern bereits ab 1. November auf 20 Prozent ihrer Gehaltsbezüge zu verzichten. Im Anschluß an die Verabschiedung des Etats wird das Kabinett in der nächsten Woche die weiteren mit dem Wirtschafts- und Finanzplan zusammenhängenden Vorlagen verabschieden. Nach Vorbesprechungen mit den Landesregierungen über diese Vorlagen ist als Beginn der Reichsratsverhandlungen über den Wirtschafts- und Finanzplan der 4. November in Aussicht genommen worden. Das Reichskabinett trat schließlich auf Grund eines Vortrages des Reichsministers Schiele in eine eingehende Erörterung der zur Milderung der landwirtschaftlichen Notlage erforderlichen Maßnahmen ein. Diese Beratungen werden Sonnabend zum Abschluß gebracht.

Anzeigen aus Bethel.

— Weislohl zum Einholen eingetroffen.

Ophir, Abt. Gemüsestelle.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. H. Buttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Statt Karten

Wir danken herzlich allen denen, die uns ihre Teilnahme beim Heimgehe unseres lieben Vaters bewiesen.

Studienrat Heldmann u. Frau

Bethel, den 20. Oktober 1930

Hohe Provision!

Verdienstmöglichkeit für jedermann durch meine

Nußbutter-Margarine

hergestellt aus edelsten Rohstoffen. Versand direkt ab Fabrik. Die Ware ist stets frisch, rein im Geschmack, ergiebig im Verbrauch, sie wird dauernd wieder verlangt. Jeder Versuch lohnt. Schreiben Sie noch heute an Hans Günther, Halberstadt 1, Sedanstr. 41.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz Oranien, Oranienstr. 53. Zimmer mit und ohne Verpflegung. 5 Min. vom Bahnhof. Mäßige Preise.

Garantiert reine Nussbutter

(vogl. Margarine)

leicht bekömmlich, gesund, mit außerordentlich hohem Nährwert liefert zu Fabrikpreisen direkt ab Werk in Postpaketen von 8-10 Pfd. oder Bahnkisten zu 30 Pfd. portofrei bezw. frachtfrei, Eilgut, Bahnstation.

Pflanzenbutter-Vertriebsgesellschaft „Niederrhein“ m. b. H., Düsseldorf 72. Schließfach.

Neufang, franko jeder Station, ca. 110 Salz, Fetttheringe

Dauerware ohne Kopf und Eingeweide auch zum Sauerlegen hochfein einschließlich Fäßen, 5.50 Mk. 1 Faß ca. 260 la delikate ganze Salztheringe 16.90 Mk. 1/2 Faß ca. 130 zu 9.70 Mk. 100 Gabelrollen 5.95 Mk. G. Napp, Altona 357.

Heidschnuckenlammfleisch

prima Qualität, Postpaket 9 Pfund, etwa halb Braten, halb Kochfleisch 9.50 Mk. einschl. Verpackung und Porto per Nachnahme versendet Arbeiterkolonie Freistadt, Kreis Sulingen, Prov. Hannover.

Wertvolle H. Gesche. te!

Zum Vorlesen in der Familie und in Vereinen!

Zum halben Preise die bekannten Klein. Erzählungs- Bände von

M. v. D., S. Andrae, Rüdiger, H. v. Heeren, A. Bollmar, je etwa 90 Seiten, 4. Kartonnier (früher 1.20 Mk.) jetzt nur 60 Pfg.

alle 40 vertrieht, Mk. 20. — fr. 2 für die Jugend Mk. 11. — fr. 6. — Ausführl. Verzeichnisse billiger Bücher. — Sonderbedingungen für Wiederverkäufer.

Th. Urban Verlag, Str. egn. Bitte bestellen Sie sogleich! Lieferung auf Wunsch zu Weihnachten.



Baby - Wagen

ungarniert und garniert in einfacher und eleganter Ausführung.

Auch mit Trockenbettchen.

Wäschehaus A. Hinz

Obernstraße 32.

Vorzüglichen Erholungs-

aufenthalts bietet das im Weserbergland gelegene

Erholungsheim im Solling bei Dassel.

Sehr schöne Höhenlage inmitten herrlicher Laub- u. Nadelwälder. Licht, Luft und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Mäßige Preise. Prospekt kostenlos. Anfragen an Sekretär Friedrich Gramm.

Restlose Hühneraugen- und Hornhautverteilung durch Schmerz los mach Tube 50 Pfennig. Reformhaus Eden Neustädterstraße 8.



Kinderbettstellen



Kinderwagen



Babykörbe

kauft man vorteilhaft bei

F. Mertens Bielefeld

Honig

garant. rein. Bienen-Blüten-Schleuder, feinste Qualität, hell, goldgl., 10 Pfd. 11. — Mk., 5 Pfd. 6.50 Mk. frei Haus unter Nachnahme. Garantie Zurücknahme. Direktor a. D. Heindt & Söhne, Hemelingen 340.

Locarno-Monti Südschweiz.

Christl. Erholungsheim Tabor.

An der neuen Straße Locarno-Monti Br. idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vorzüglicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausandachten. Auf Wunsch Diätküche. Eig. Auto; Prospekt; bescheidene Preise; das ganze Jahr offen.

W. Keller, Prediger.

Der Verband gläubig. Kaufleute

will seinen Mitgliedern durch Schriften, Konferenzen und Ortsgruppenzusammenkünfte Gelegenheit geben, die Verhältnisse im Lichte des Wortes Gottes zu bespre-

chen. Anmeldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle:

Dr. Brind, Ehen-Bredeneu Einigkeitstraße 25.

Garantiert reiner Blüten-Schleuder Honig

neuer Ernte, das „Allerfeinste“

was die Bienen erzeugen 10 Pfd.-Dose Mk. 10.90, 5 Pfd.-Dose Mk. 6.40 frei Nachn. ohne Nebenkosten. Gar. Zurückn. und Nach Carl Scheib, Oberneuland 92 b. H.

Gelegenheitskauf! Harmonium

mit eingebautem Spielapparat „Hammond“ wenig gespielt, sehr preiswert zu verkaufen

FESTING PIANOFORTEFABRIK

Bekannt, reell und billig! Neue Gänsefedern

von der Gans gerupft, mit Daunen, doppelt gereinigt, Pfund 3. —. Beste Qualität! 30. Halbdunen, gereinigt 3. —. 3. —. Daunen 6.75. Vollfedern 9. —. 10.50. Gerb. Federn mit Daunen, gereinigt 4. —. 5.25. 5.75. 7.50. Garantie für reelle, staubfreie Ware. Ab 5 Pfund portofrei. Versand p. Nachnahme. Frs. A. Wedrich, Gänsemarkt u. Federwaren-Neutrebber-Ordnung.

Toten Sonntag

Ein vierseitiges Flugblatt zum Trost und Nachdenken für den Totensonntag, eine Handreichung für alle die, die an diesem Tage an schwere und ernste Stunden erinnert werden. Das Blatt ist geschmückt mit Bildern von

Rudolf Schäfer

und ist zu beziehen durch den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“, Bethel bei Bielefeld. Preis: Hannover 7382 / Das Stück kostet 2 Pfg. Von 100 Stück an Ermäßigung. Probenummern kostenlos.



Schneller - besser - billiger

geht das Spülen und Putzen in jedem Haushalt mit Henkel's neuem Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel.

erleichtert Ihnen alle Spül- und Putzarbeit. Überraschend schnell und gründlich löst es die dicksten Fettschichten und den hartnäckigsten Schmutz, ohne die Gegenstände anzugreifen. Strahlender Glanz und appetitliche Frische verleiht es allen Haus- und Küchengeräten.

ist überaus sparsam im Gebrauch. 1 Eßlöffel auf 10 Liter heißes Wasser = 1 Eimer genügt schon, um diese fabelhafte Reinigungskraft zu erzeugen. kostet nur 25 Pfennige und ist überall erhältlich.

Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät aller Art. Hergestellt in den Persilwerken.

Die Not ist sein Handeln sie zum mach!

Nr. 253.

Nach dem das deutsche inneren Politik Kampfes gegen Vertrag, nach gäl- und Bea ebenso sehr nach failler Schmae korruption, w ter zum Ausb tungslos den wußt oder un Parteipringip Staat ist nicht fordern auch n Scheitern ver schieden, kleine ler in Notstoc er seine Eigen und Autonom Kräfte, zum D tereffen, zum j feht parlamen teilhuhandels und auf seine zu fördern sud tassung leben? das System d absoluter Wert ein Minister f mißt wäre, sei ritäten zu rett Ganz gewiß es seinen Bür schlecht. Aber s chen liegt, das Er muß ohne l ich Schwache r wird, aber er k kann vor alle ohne Gegenlei Privatleben bi lieren, aber we sich aufzufuge Arbeitswillig, ruiniert seine von Arbeitslo Staat kann un lies beherrsch zwischen den schaft, so hat e digung von R rechts oder vor Mit dem A ein Kurswech nicht auf dem i handels, sonde Reichspräsident fassung eine Re nierung des Zi sich nicht hätten tene Frage. W land abgeführt doch auch Wege indem diejenig Strenge bestra beit hat ihre G Darum scheint Ausland flöffe Kräfte zu schon sich nicht darü fen werden mi haben. Gelingt reichen, dann i Reichstages ge Bedeutung. D werden. Nur eins fa fein. Ich halte durch innerpolit